



iab.austria zum EU-Leistungsschutzrecht â€“ BILD

ID: LCG18358 | 13.09.2018 | Kunde: iab.austria -interactive advertising bureau | Ressort: Außenpolitik -österreich | Medieninformation

Interessensvertretung der Digitalwirtschaft begrüßt Urheberrechtsreform, kritisiert aber Voss-Vorschlag für Uploadfilter.

Bilder zur Meldung auf <http://presse.leisuregroup.at/iab/kreissler>

Wien (LCG) – Als größte Interessensvertretung der österreichischen Digitalwirtschaft begrüßt das interactive advertising bureau.austria die Einigung des Europaparlaments auf eine Reform des Urheberrechts. Die Einführung des Leistungsschutzrechts (LSR) sieht vor, dass Plattformen wie Google News künftig nicht mehr ohne Weiteres Überschriften oder Ausschnitte von redaktionellen Artikeln anzeigen dürfen. Dazu bräuchten sie eine Erlaubnis der Verlage und müssten gegebenenfalls dafür bezahlen.

„Der Vorstoß des Europaparlaments ist ein Schritt zur Schaffung eines ‚Level Playing Fields‘, das faire Wettbewerbsbedingungen fördert. Der Schutz verlegerischer Inhalte vor Zugriffen durch Suchmaschinen verhindert den Abfluss von Wertschöpfung. Er stärkt den digitalen Binnenmarkt und fördert die Medienvielfalt“, formuliert iab.austria-Präsident **André Eckert** (Russmedia Digital).

Kritik an Uploadfiltern

Uploadfilter sind im vorliegenden Text nicht explizit erwähnt. Der Vorschlag des verantwortlichen Berichterstatters **Axel Voss** (CDU) sieht jedoch vor, dass die Verantwortung und Haftung für Uploads bei den Plattformen liegt. Kritiker rechnen mit der Einführung von Uploadfiltern durch die Plattformen, um sich rechtlich abzusichern. Sie fürchten eine Zensur und Einschränkung der Meinungspluralität, weil Provider und Plattformen künftig entscheiden sollen, welche Inhalte die User sehen sollen.

„Europäischen Publishern dürfen keine weiteren kosten- und aufwandsintensiven bürokratischen Hürden auferlegt werden. Sie sind insbesondere für kleinere Plattformen und Publisher existenzbedrohend und gefährden die publizistische Vielfalt. Wir fordern ein sensibles Vorgehen der Europäischen Union, das den digitalen Binnenmarkt fördert und europäische Anbieter im globalen Wettbewerb nicht behindert“, unterstreicht iab-austria-Vizepräsidentin **Alexandra Vetrovsky-Brychta** (Bisnode), die auch die Arbeitsgruppe Public Affairs leitet.

Die größte Interessensvertretung der Digitalwirtschaft steht in einem intensiven und konstruktiven Dialog mit der österreichischen und europäischen Politik und setzt sich für faire Rahmenbedingungen zu Stärkung des Digitalstandorts ein. Durch den fruchtbaren Austausch mit der Bundesregierung konnten im Rahmen der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft bereits wesentliche Erfolge im Zusammenhang mit der Datenschutzgrundverordnung und der in Verhandlung befindlichen ePrivacy-Richtlinie erzielt werden.

Über das interactive advertising bureau austria (iab austria)

In der Österreich-Sektion des iab (interactive advertising bureau - Verein zur Förderung der digitalen Wirtschaft) haben sich rund 170 führende Unternehmen der digitalen Wirtschaft organisiert. Sie setzen Maßstäbe für die digitale Kommunikation, unterstützen

die werbetreibenden Unternehmen mit Expertise, sorgen für Transparenz und fördern den Nachwuchs. Durch die Vielfalt der Mitglieder aus allen Bereichen der digitalen Wirtschaft, ist der ganzheitliche Blick auf die für die Branche relevanten Themen gewährleistet. Das iab austria ist in ständigem Austausch mit Politik, Öffentlichkeit und anderen Interessensgruppen. Weitere Informationen auf [https:// www.iab-austria.at](https://www.iab-austria.at) .

+ + + BILDMATERIAL + + +

Das Bildmaterial steht zur honorarfreien Veröffentlichung im Rahmen der redaktionellen Berichterstattung zur Verfügung. Weiteres Bild-und Informationsmaterial im Pressebereich auf [https:// www.leisure.at](https://www.leisure.at) . (Schluss)